



Sitzungsvorlage

Nr.: 230/2005
ausgefertigt am: 24.10.2005
Fachamt: Schulen und Kulturverwaltung
zu beteiligende Gremien: – Schulausschuss

Schülerbeförderung im Landkreis Cuxhaven –Situationsbericht nach Neuregelung der Anspruchsgrenzen-

Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 27.04.2005 beschlossen, die Anspruchsgrenzen für eine kostenlose Schülerbeförderung ab dem 01.08.2005 für die Klassen 5 und 6 auf 3 km, ab Klasse 7 auf 4 km festzusetzen. Die sich daraus ergebenden Überprüfungen der Anspruchsberechtigungen wurden vom Amt Schulen und Kulturverwaltung vorgenommen. Aus den für das laufende Schuljahr nunmehr vorliegenden Zahlen ist ersichtlich, dass im Vergleich zum Vorjahr ca. 750 Kinder die Möglichkeit der kostenlosen Beförderung verloren haben. Ca. 260 dieser Kinder werden mit den Busunternehmen im Rahmen einer eigenwirtschaftlichen Beförderung abgerechnet. Hierbei handelt es sich um den Einsatz von Bussen, für die die Unternehmer nach Anzahl der ausgegebenen Fahrkarten vergütet werden. Für diese Anzahl von Schülerinnen und Schülern ist im Jahr 2005 mit Minderausgaben in Höhe von ca. 45.000,- € (seinerzeit geplant: 30.000,- €) und im Jahre 2006 mit Minderausgaben in Höhe von ca. 145.000,- € (seinerzeit geplant: 90.000,- €) zu rechnen.

Die ggf. möglichen Umplanungen von Busumläufen sind noch nicht abgeschlossen. Dieser Prozess, der das Ziel hat, Konzentrationen bei den Busumläufen vorzunehmen, bei denen eine Abrechnung nach Fahrleistung der Busse erfolgt, ist nur eine sukzessive Möglichkeit. Hier ist mit weiteren Minderausgaben zu rechnen, die sich aber heute mangels konkreter Planungen noch nicht beziffern lassen.

Seitens der Unternehmer wird –bisher nur in mündlicher Form– dargestellt, dass ausbleibende Fahrgasteinnahmen neben den allgemein gestiegenen Kosten für Versicherungen und Kraftstoffe durch Tarifierhöhungen an den Verbraucher weitergegeben werden müssen. Nur so könne der wirtschaftlich schwierigen Situation angemessen begegnet werden. Im vergangenen Jahr hatten die Unternehmer eine Tarifierhebung von 7,2 % beantragt. Die zuständige Landesnahverkehrsgesellschaft hatte daraufhin 5,9 v. H. als Anpassung genehmigt. Zur Begründung wurde ausgeführt, dass gestiegene Kraftstoff-, Versicherungs- und Verbrauchskosten seitens der Unternehmer glaubhaft nachgewiesen werden konnten. Seitens des Landkreises wurde diese Argumentation ohne Erfolg bezweifelt.

Die Frage, wie viele Eltern ihren Kindern nach Wegfall der Anspruchsberechtigung selbst die Fahrkarten kaufen werden, lässt sich derzeit nicht überblicken. Nach Aussagen der Unternehmer ist bisher von einem sehr geringen Anteil auszugehen, der aber angesichts der bevorstehenden Wintermonate vermutlich steigen wird.

Weitere Erläuterungen werden in der Sitzung des Schulausschusses am 02.11.2005 gegeben.

Beschlussvorschlag:

Der Sachstandsbericht wird zur Kenntnis genommen.

In Vertretung

Redeker